

federführendes Amt:	Büro Kreistag
Antragssteller:	Fraktion Die Linke.PDS
Datum:	07.03.2007

Beratungsfolge**Termin****Bemerkungen**

Kreistag

28.03.2007

Betreff:**Einsatz von Eingliederungsmitteln im Amt für Grundsicherung und Beschäftigung****Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreistag erklärt seinen Willen, die in der Vergangenheit für sogenannte „MAE (1-Euro-Jobs)“ im Landkreis eingesetzten Mittel künftig zweckmäßiger zu verwenden.
2. Der Landrat wird beauftragt, die für „1-Euro-Jobs“ aus dem Haushalt 2007 aufzuwendenden Mittel auf maximal 2,5 Mio. € zu begrenzen.
3. Bei der Vorbereitung der Planung für das Jahr 2008 soll dieser Ansatz auf höchstens 500.000 € begrenzt.
4. Die damit frei werdenden Eingliederungsmittel sollen zunächst für anspruchsvollere ABM bzw. sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten eingesetzt werden.
Für das Haushaltsjahr 2008 sollen alternative Möglichkeiten zur wirkungsvollen Eingliederung von Langzeitarbeitslosen im Landkreis entwickelt werden.
5. Der Landrat wird beauftragt, gegenüber dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales den Protest des Kreistages gegen die Heranziehung der Anzahl von „1-€-Jobs“ als Maßstab für die Bewertung der Leistungen zur Arbeitsförderung in Optionskommunen zum Ausdruck zu bringen.

Sachdarstellung:

erfolgt mündlich

gez.

Monika Krüger

Fraktionsvorsitzende